

## 11 Nein zu Folter in Bayern – Menschenrechte enden nicht an Gefängnismauern!

Antragsteller\*in: Nina Dreßler, Daniel Schlemmer-Taberner, Lina Häge, Alexander Schiller, Anton Wawrzinek, Juna Icaza Wilfert, Hans Cahn, Maximilian Meier, Dex Mareyen

Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

1 In Augsburg ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiterinnen der JVA  
2 Augsburg-Gablingen wegen des Verdachts auf schwere körperliche Misshandlungen  
3 von Gefangenen. Laut Medienberichten erheben sowohl (Ex-)Inhaftierte,  
4 Anwältinnen als auch eine ehemalige Gefängnisärztin äußerst schwerwiegende  
5 Vorwürfe. Auch gegen die stellvertretende Leiterin der JVA Augsburg-Gablingen  
6 läuft offenbar ein Ermittlungsverfahren, da Gefangene möglicherweise auf ihre  
7 Anordnung hin misshandelt worden sein könnten. Polizei und Staatsanwaltschaft  
8 haben bereits Ermittlungen in der JVA aufgenommen, um diesen schweren Vorwürfen  
9 nachzugehen.

10 Die Vorwürfe beinhalten, dass Gefangene in sogenannten besonders gesicherten  
11 Hafträumen (bgH) teils nackt, ohne Matratze und ohne Decke eingesperrt worden  
12 sein sollen. Eine Anwältin berichtet, dass ihre Mandanten auf dem Betonboden  
13 schlafen mussten, ihnen nur eine Scheibe Brot mit etwas Wurst als Mahlzeit  
14 gegeben wurde und es teilweise nicht einmal warme Mahlzeiten gab. Einer ihrer  
15 Mandanten soll sogar nur ein Glas Wasser pro Tag erhalten haben. Auch das Licht  
16 sei rund um die Uhr ausgeschaltet gewesen und es habe keine frische Luft und  
17 mangelnden Zugang zu sanitärer Versorgung gegeben. Sollten sich die Vorwürfe  
18 erhärten, würden diese Zustände einen klaren Verstoß gegen die Menschenwürde  
19 sowie die UN-Antifolterkonvention darstellen.

20 Was diesen Fall besonders erschreckend macht, ist die Tatsache, dass das  
21 bayerische Staatsministerium der Justiz (StMJ) offenbar schon seit mindestens  
22 einem Jahr über diese gravierenden Vorwürfe informiert war. Bereits im Oktober  
23 2023 soll eine damalige Anstaltsärztin der JVA Augsburg-Gablingen in einer  
24 detaillierten Mail an das StMJ über „menschenunwürdige Verhältnisse“ in den  
25 besonders gesicherten Haftzellen berichtet haben. Auch ein weiterer Arzt aus der  
26 gleichen JVA hatte sich zu dieser Zeit mit ähnlichen Informationen an das  
27 Ministerium gewandt. Inzwischen häufen sich Vorwürfe aus anderen JVAs in Bayern  
28 – zuletzt aus Nürnberg. Auch Justizvollzugsbeamte berichten von solchen Fällen.  
29 Uns ist klar, dass nicht alle über 6.000 Justizvollzugsbeamten unter  
30 Generalverdacht gestellt werden dürfen. Vielmehr geht es uns um die Aufklärung  
31 von strukturellem Versagen.

32 Als Mitglieder der Grünen Jugend Bayern sind wir zutiefst erschüttert von den  
33 beschriebenen Zuständen. Wir fordern eine vollständige und transparente  
34 Aufklärung der Vorwürfe. Solche Misshandlungen dürfen, sollten sie sich  
35 bestätigen, in einem Rechtsstaat nicht toleriert werden! Die bayerische  
36 Landesregierung und der zuständige Minister Eisenreich müssen Verantwortung  
37 übernehmen, diese Vorwürfe schleunigst aufarbeiten und für humane  
38 Haftbedingungen sowie einen vollständigen Verzicht auf Folter und Misshandlung  
39 in allen Formen in sämtlichen bayerischen JVAs garantieren! Diese Entwicklungen  
40 zeigen, dass es über die bekannten Fälle der Polizeigewalt hinaus im aktuellen  
41 System noch weitere massive strukturelle Probleme gibt.

42 Daher fordern wir als Grüne Jugend Bayern: Es braucht dringend eine grundlegende  
43 Reform des Justizvollzugs, die auf Menschenwürde, Resozialisierung setzt– unter  
44 Beachtung und Schutz der Menschenwürde. Im Hinblick auf die Behörden müssen  
45 endlich wirksame Kontroll- und Rechtsmechanismen entwickelt werden. Wir als  
46 Grüne Jugend Bayern sprechen uns lautstark gegen jegliche Form von  
47 Machtmissbrauch aus! Wir wollen auf diese Probleme öffentlichkeitswirksam  
48 aufmerksam machen.

## Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Laut Zeitungsberichten kam es am Donnerstag, dem 24. Oktober 2024, zu einer Durchsuchung in der JVA Augsburg-Gablingen. Am 7.11. berichtete während der Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration Staatsminister Georg Eisenreich über den Stand der Aufklärung der Vorwürfe im Zusammenhang mit der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen. In dieser Ausschusssitzung wurden drei Berichtsanhträge gestellt, die noch nicht vorliegen (Stand: 13.11.2024). Am 13.11. stellten die Anwälte der beschuldigten stellvertretenden Gefängnischefin eine Strafanzeige (Az.: 123 UJs 732994/24) gegen Unbekannt in Bezug auf das Justizministerium wegen Körperverletzung durch Unterlassen. Am 13.11. fand eine erneute Beratung zu den Vorwürfen in der JVA Gablingen im Plenum des Bayerischen Landtags statt. Inzwischen (Stand: 21.11.) liegen bei Staatsanwaltschaften wie Nürnberg Anzeigen wegen ähnlicher Vorwürfe vor. In allen Fällen gilt die Unschuldsvermutung. Das Ausmaß der Vorwürfe in ganz Bayern wurde erst nach Antragschluss, dem 7.11., bekannt und deutlich. Es ist klar, dass es nicht nur Aufklärung bezüglich der JVA Augsburg-Gablingen, sondern aller JVA's bedarf.